

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/melle/artikel/431615/schulterschluss-entlang-der-stromtrasse>

Ausgabe: Meller Kreisblatt

Veröffentlicht am: 27.11.2013

Städte und Gemeinden wollen länderübergreifende Zusammenarbeit forcieren

Schulterschluss entlang der Stromtrasse

von Simone Grawe



Melle. Länderübergreifend wollen alle Städte und Gemeinden entlang der geplanten Stromtrasse enger zusammenrücken und auch bei unterschiedlichen Interessen gemeinsam vorgehen, um eine für die Bürger beim geplanten Neubau der 380 kV-Höchstspannungsfreileitung ein optimale Lösung zu finden. Das ist das Ergebnis des hochkarätig besetzten Beratungsgesprächs mit Lorenz Jarass auf Einladung der Bürgerinitiativen „Keine 380 kV-Freileitung am Teuto“.

„Es war anstrengend“, bilanzierte Initiativensprecher Frank Vornholt aus Wellingholzhausen nach der gut zweieinhalbstündigen Tagung im Fachwerk 1775 in Wellingholzhausen. Dort tagten neben den Sprechern aller Bürgerinitiativen entlang der Trasse von Lüstringen nach Gütersloh (Borgholzhausen, Wellingholzhausen, Borgloh, Holsten-Mündrup, Bissendorf und Voxrup) auch zahlreiche Vertreter aus Politik und Verwaltung, darunter Bundes- und Landtagsabgeordnete, alle Bürgermeister der vom Trassenverlauf betroffenen Kommunen sowie Bernhard Heidrich von der Regierungsvertretung Oldenburg, der das im nächsten Jahr anstehende Raumordnungsverfahren führen wird.

„Eine Trasse mit mehr als 90 Prozent hohem bis besonders hohem Konfliktpotenzial betreffend Schutzgüter Mensch und Natur, das habe ich in 20 Jahren noch nicht erlebt“, betonte Jarass. Hintergrund ist das Gutachten des Planungsbüros Grontmij im Auftrag des Netzbetreibers Amprion, das die Auswirkungen des Neubaus einer Höchstspannungsfreileitung mit zweimal 380 kV auf der bestehenden Trasse untersucht hat.

Im Gegensatz zu den gesetzlich festgelegten energiepolitischen Zielen der Energiewende soll das Stromnetz für eine unbeschränkte Einspeisung von Kohlestrom auch bei gleichzeitig hoher Einspeisung von erneuerbarem Strom ausgebaut werden, berichtete Jarass: „Das bedroht die Energiewende und widerspricht den Zielen des Klimaschutzes“, kritisierte er.

Eine Erdverkabelung müsse nicht zwingend auf die im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) festgelegten vier Pilotstrecken beschränkt werden, führte der Experte aus. Nach Bestätigung der Notwendigkeit in einem Planfeststellungsverfahren kann die zuständige Behörde auch eine Teilverkabelung anordnen: „Die Kosten dafür sind vernachlässigbar klein, im Vergleich zu den Gesamtkosten.“ Auch sei die Trassenbreite längst nicht so extrem, wie von den Netzbetreibern angegeben. Jarass bezifferte sie mit 15 bis 20 Metern, während die Bereiber von bis zu 60 Metern sprechen.

Jarass ist anerkannter Experte für den Netzausbau und Wirtschaftsprofessor an der Hochschule Rhein-Main Wiesbaden. Er wird als Fachmann unter anderem in verschiedenen Gremien des Bundestages zum Thema Netzentwicklung gehört und berät zahlreiche Gemeinden und Initiativen bundesweit, die den geplanten Netzausbau und den Freileitungsbau infrage stellen und sich für eine Erdverkabelung aussprechen.

Wenngleich die Interessen der einzelnen Kommunen entlang der Trasse unterschiedlich gelagert sind, eine bürgerfreundliche Variante könne nur dann gefunden werden, wenn alle betroffenen Kommunen von Wehrendorf bis Gütersloh bei diesem Thema zusammenarbeiten, untermauerte Jarass. Da ein zeitnaher Abschluss der Planfeststellung auf westfälischer Seite Übergabepunkte vorgeben würde, sei zu befürchten, dass dies das Raumordnungsverfahren in Niedersachsen beeinflussen würde. Die Bürgerinitiativen hoffen daher, dass sich die Behörden länderübergreifend abstimmen, um die konfliktärmste Lösung zu finden.

„Der große Zusammenschluss von Vertretern aller politischen Ebenen, Fachleuten und Bürgerinitiativen war besonders wichtig“, resümierte André Berghegger. Wenngleich die Informationsstände und Sichtweisen der Betroffenen unterschiedlich seien: Ein erster Schritt zu einer länderübergreifenden Abstimmung mit dem Ziel, gleichmäßig vorzugehen, sei mit der Konferenz erreicht worden, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete, verbunden mit einem Dank für die Initiative: „Viele Fragen sind noch offen, wir haben heute einen ersten Schritt auf einem langen Weg gemacht“, sagte Berghegger.

Es gelte nun, die ausgetauchten Informationen sacken zu lassen und in Ruhe auszuwerten: „Jeder möge an seiner Stelle für seine Sache und seinen Standpunkt werben mit dem Ziel, die Bürger durch den Neubau der Trasse zu wenig zobelasten,“ erklärte Berghegger.

Als Signal der Wertschätzung und Bestätigung für die bisher geleistete Arbeit bewertete Initiativesprecher Frank Vornholt den Verlauf der Konferenz. Auch wenn der Kenntnisstand unterschiedlich sei: Alle Betroffenen müssten enger zusammenrücken und sich besser abstimmen: Insgesamt eine erfolgreiche Veranstaltung,“ so das Fazit.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.